

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Demokratiegefährdung durch Rechtsdruck und die Rolle konservativer Parteien

24. April 2024, 10.00 Uhr

Rechtspopulistische und zum Teil offen rechtsextreme Parteien sind in Europa in einem Ausmaß auf dem Vormarsch, der massiv demokratiegefährdendes Potenzial enthält. Das belegen zumindest die Entwicklungen in Ungarn, Schweden, Serbien, Portugal, Frankreich, usw. Abstiegsängste, multiple Krisen, Fluchtbewegungen und der offensichtlich große Vertrauensverlust gegenüber den traditionellen Mainstreamparteien werden dafür verantwortlich gemacht. Was auf der politischen Ebene unterbelichtet bleibt, ist die Rolle konservativer (christdemokratischer) Parteien für diesen potenziell demokratiegefährdenden Rechtsruck und die damit zusammenhängende Diskursverschiebung.

Diesem Aspekt widmet sich das von Diskurs. Das Wissenschaftsnetz organisierte Mediengespräch in einem Jahr, in dem in Europa und in Österreich entscheidende Wahlgänge stattfinden. In der wissenschaftlichen Diskussion spielt diese Frage u.a. seit der Publikation des Buches der beiden Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt „How democracies die“ (2018) eine zunehmende Rolle. Die zentrale These ihrer Studie lautet: Immer, wenn etablierte konservative Parteien, sei es aus Opportunismus, Angst oder Fehlkalkulation, Rechtsextreme salonfähig machen und in den Mainstream bringen, dann ist die liberale Demokratie in Gefahr!

Welche Verantwortung haben konservative Parteien für die Normalisierung rechtsextremer Positionen in der Gesellschaft? Inwiefern werden durch (Regierungs)-Kooperationen zwischen rechter Mitte und rechtspopulistischen Parteien letztere salonfähig gemacht? Welche Bedeutung kommt einer entschiedenen Abgrenzung aller anderen politischen Akteure (Stichwort „Brandmauer“) gegenüber rechtspopulistisch/-extremen Parteien zu? Diesen Fragen gehen zwei renommierte Wissenschaftler:innen konkret für Europa (Europäische Union) und Österreich in diesem Mediengespräch nach.

Inputs:

Thomas Biebricher (Universität Frankfurt): **“Die Krise des gemäßigten Konservatismus in Europa”**

Ruth Wodak, FAcSS (University of Lancaster/Universität Wien): „**Die Übernahme und Normalisierung rechtspopulistischer Positionen – eine politisch erfolglose und für die Demokratie gefährliche Strategie**“

Moderation: Dr. Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Abstracts der Inputs

Thomas Biebricher

Die Krise des gemäßigten Konservatismus

Als sich Anfang März die Europäische Volkspartei in Bukarest zum Auftakt ihres Europawahlkampfes traf, beschwor ein Redner nach dem anderen die Stärke von Christdemokratie und Konservatismus in Europa. Immerhin, so ein wiederkehrender Talking Point, befänden sich Konservative in beinahe der Hälfte aller EU-Länder an der Macht und von daher könne von einer Krise keine Rede sein, vielmehr schicke sich die EVP an, bei den anstehenden Wahlen abermals stärkste Parteienfamilie im europäischen Parlament zu werden.

Blickt man aber etwas genauer auf die Lage in den 28 EU-Ländern, so zeigt sich, dass die Vitalität des Konservatismus nicht so eindeutig belegt ist, wie es die EVP-Redner erscheinen ließen. Was sich vielmehr abzeichnet, ist eine schwelende Krise, die sich an drei Phänomenen festmachen lässt. Erstens sind konservative und vor allem christdemokratische Parteien in vielen Ländern zu Nischenexistenzen zusammengeschrumpft mit Frankreich als dem spektakulärsten Fall, der aber eben keineswegs der einzige ist. Zweitens lässt sich in vielen Kontexten eine Radikalisierung von ehemals gemäßigt konservativen Parteien verzeichnen. Diese geht mitunter auch mit Einbußen in der Wählergunst einher, aber es gibt auch wichtige Fälle einer zumindest kurz- und mittelfristig elektoral erfolgreichen Radikalisierung. Die offensichtlichsten Beispiele liefern Ungarn und Polen in Mitteleuropa. Aber auch Westeuropa weist hier einen prominenten Fall in Form von Großbritannien auf – auch wenn es nicht mehr Teil der EU ist.

Der Input fokussiert auf drei wichtige Aspekte:

1. Derzeit am meisten diskutiert ist vermutlich das dritte Phänomen einer Zusammenarbeit von gemäßigt konservativen mit rechtsautoritären Kräften: In Ländern wie Schweden und Finnland etwa sind Konservative zwar tatsächlich an der Macht (wie die EVP-Redner betonten), aber sie konnten nur mit Hilfe von mehr oder weniger rechtsradikalen Parteien wie den Schwedendemokraten bzw. den Wahren Finnen in Regierungsverantwortung gelangen. Ob man diese Kooperationen, in denen sich über die Zeit zumeist die relativen Kräfteverhältnisse zuungunsten der Konservativen umkehren, tatsächlich als Ausweis konservativ-christdemokratischer Stärke ansehen kann, erscheint eher zweifelhaft.

2. Diese letztgenannte Konstellation einer Kooperation ist auch deshalb so interessant, weil sich mit ihr die Frage des Umgangs mit rechstautoritären Kräften verbindet: Ist hier aus konservativer Sicht eher Ablehnung und Ausgrenzung (Stichwort: Brandmauer), oder Gesprächs- oder gar Kooperationsbereitschaft, aber auch der Versuch, bestimmte Themen von Rechtsaußen zu übernehmen, angezeigt? Das führt zu entsprechenden strategischen Dilemmata.

3. Im dritten und letzten Teil wird die Frage aufgeworfen, was dies für die Europawahlen und die daraus resultierende zukünftige politische Ausrichtung der Europäischen Union bedeuten könnte. Obwohl natürlich Projektionen nicht für bare Münze genommen werden können, ist ziemlich sicher davon auszugehen, dass die EVP vermutlich tatsächlich stärkste Parteienfamilie bleibt, die Hauptzuwächse aber bei den EKR- und ID-Fraktionen anfallen werden, was bedeutet, dass die (radikale) Rechte mit großer Wahrscheinlichkeit als Siegerin aus der Wahl hervorgehen dürfte.

Die Fragen, die sich daran anschließen lauten erstens: ob die EVP versucht, bestimmte Parteien wie etwa Fratelli d'Italia in die EVP zu ziehen, was schon bemerkenswert wäre, bedenkt man, dass es sich um eine selbsterklärt postfaschistische Partei handelt und was in Sachen Normalisierung ein gewichtiger Schritt wäre. Zweitens stellt sich die Frage, ob die EVP vor dem Hintergrund veränderter Mehrheitsverhältnisse und der Stärkung der Rechten für Kooperationen mit EKR (und womöglich auch mit ID) offen ist und dementsprechend die Brandmauer, von der ja heute immer wieder auf der nationalstaatlichen Ebene die Rede ist, auf europäischer Ebene doch erkennbar erodieren würde. Dazu passt, dass ja auch, dass Parteien wie der Rassemblement National heute nicht mehr einfach aus der EU austreten wollen – womöglich wären auch diese EU-kritischen Parteien bereit, sich ihrerseits auf eine solche Zusammenarbeit einzulassen, wenn damit ihre Ziele (z.B. Beschränkung der Migration) effektiver verfolgt werden könnten. In diesem Fall würde sich ein fundamentaler Richtungswechsel der EU insgesamt abzeichnen, die womöglich sogar zu einem Projekt rechtsautoritärer Kräfte werden könnte, die die EU nun nicht mehr abschaffen, sondern für ihre eigenen Ziele zu instrumentalisieren versuchen.

Ruth Wodak

Die Übernahme und Normalisierung rechtspopulistischer Positionen – eine politisch erfolglose und für die Demokratie gefährliche Strategie

Zurzeit mehren sich mit Blick auf den Aufstieg des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus die Kassandrarufer in der Öffentlichkeit. Rechtspopulistische Parteien gewinnen europaweit – und auch darüber hinaus – Wahlen bzw. legen stark zu und führen oft die Meinungsumfragen an.

Das führt offensichtlich zu Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs. Das politische Spektrum rückt nach rechts, eine signifikante Diskursverschiebung ist wahrnehmbar: Themen, Argumente, Slogans, Rhetorik und Performance (also geschriebene, gesprochene und visuelle Texte über bestimmte Themen)

werden akzeptabel und von – meist konservativen – Mainstreamparteien übernommen, so auch in Österreich seit vielen Jahren. Mit solchen Diskursverschiebungen gehen Prozesse der *Normalisierung*, des *Mainstreaming* und des *democratic backsliding* einher.

Wie in vielen wissenschaftlichen Untersuchungen (zuletzt Levitsky/Ziblatt *How democracies die* (2019); DeCillia/ Wodak/ Rheindorf/ Lehner *Österreichische Identitäten im Wandel* (2020); Wodak *Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse* (2021); usw.) empirisch unterlegt, **erfolgen solche Verschiebungen schrittweise, manchmal fast unbemerkt**; demokratische Institutionen werden immer weiter ausgehöhlt, es mehren sich Angriffe auf Medien, Justiz, alternative Meinungen (Opposition) und Wissenschaft. Viktor Orbáns Ungarn möge als Beispiel dienen; aber auch Donald Trumps vielfache Versuche, die amerikanische Demokratie zu verändern bzw. zu beseitigen. Darüber hinaus lassen **rezente Fallstudien** zum „**Diskursstrang** „normal“ und „mit Hausverstand“ Juni-September 2023“ (vgl. <https://youtu.be/vB19dJziyCs>) und zur „**Message Control**‘ in den Medien seit der türkis-blauen Koalition 2017 – 2019“ (Wodak *Shameless normalisation as a result of media control: The case of Austria* (2022)), alle aus diskursanalytischer Perspektive, die schleichende Normalisierung rechtspopulistischer Agenda in Österreich explizit und im Detail nachvollziehen.

Dazu nur einige wichtige Ergebnisse:

- **Die Diskursverschiebung** hängt einerseits damit zusammen, dass die rechtspopulistischen Agenden von den konservativen Mainstreamparteien übernommen werden, in der Hoffnung, den Rechtsparteien Wähler:innen abspenstig machen zu können;
- gleichzeitig aber auch damit, dass konservative Parteien rechtspopulistische Parteien in ihren Anliegen unterstützen und diese damit enttabuisieren, sowie ihnen mehr Zustimmung verschaffen. **Ohne diese Unterstützung konservativer Parteien wäre den rechtspopulistischen Parteien weniger Erfolg gegönnt.**
- Allerdings zeigt sich, dass die **Übernahme rechtspopulistischer Agenda** in einem Versuch, die rechtspopulistischen Parteien „rechts zu überholen“, den konservativen Parteien keine größere Zustimmung bringt. Die Übernahme solcher Themen bzw. Argumentationen und Slogans führt eher dazu, dass die konservativen Parteien an Zustimmung verlieren, die Rechtspopulisten hingegen gewinnen.
- Weiters bedeutet ein solcher Rechtsruck, dass **konservative Parteien entweder nach rechts rücken**, wie etwa die Grand Old Party in den USA, die fast ohne Widerspruch den Zielen Donald Trumps folgt; oder wie die britischen Konservativen (Tories) die Partei von Nigel Farage (UKIP) quasi geschluckt haben, damit aber auch die wichtigsten Ziele von UKIP, nämlich Brexit und eine restriktive Migrationspolitik, durchgesetzt haben.

- Oder dass der Cordon Sanitaire (eine Brandmauer) zwischen den Rechtspopulist:innen und den Rechtsextremen durch den „**Mythos einer möglichen Zählung**“ in einer Koalition ersetzt wird, **wodurch viele Kompromisse beschlossen werden und die rechtspopulistischen Agenda und Akteur:innen in die „Mitte der Gesellschaft“ rücken**, das gesamte politische Spektrum damit aber nach rechts. Ein solcher „faustischer Pakt“ hat sich bisher immer gerächt...
- Selbst etwas akzeptabler klingende Aussprüche und Programme – vom Soziologen Wilhelm Heitmeyer als **rohe Bürgerlichkeit** bezeichnet – können von der Ähnlichkeit bzw. Gleichheit der Politiken nicht ablenken.
- Ohne die **Mediatisierung der Politik und die Politisierung der Medien** (vgl. „message control“) wäre eine solche Diskursverschiebung nicht möglich (vgl. Mazzoleni *Populism and the Media*; (2008)).
- **Anfänglicher Empörung folgen Gewöhnungsprozesse**, Frustration und vorschnelle Generalisierungen, wie „alle Politiker:innen sind gleich; das war immer schon so...“, die zu einem Vertrauensverlust und einer Ablehnung des sogenannten „Systems“ führen können.

Seit der ersten schwarz-blauen Regierung (2000-2006), den türkis-blauen (2017-2019) und türkis-grünen Regierungen (2019 – 2024) ist ein solcher Rechtsruck besonders wahrnehmbar – nicht nur in der Asyl- und Migrationspolitik, sondern auch in anderen Politikfeldern, etwa bei der Gender- und Bildungspolitik sowie in der Europa- und Wirtschaftspolitik. Debatten über „was ist normal“ oder „wer stellt die politische Mitte“, zur „Leitkultur“ oder zur „Politik mit Hausverstand“ bestimmen die mediale Öffentlichkeit. Sogar Wissenschaftsskepsis und EU-Skepsis machen sich in konservativen – ehemals christlich-sozialen - Parteien wie der ÖVP breit:

So soll in Niederösterreich soll nur mehr Deutsch in den Pausen gesprochen werden, was sprachwissenschaftlichen Studien widerspricht; das durchaus xenophobe Bild einer „Festung Österreich“ bleibt häufig unkommentiert, ohne genauer nachzufragen, wer denn nun ganz konkret in dieser imaginierten Festung noch verbleiben darf. In Salzburg wird Frauen eine „Herdprämie“ ans Herz gelegt, sollten sie sich entscheiden, zu Hause zu arbeiten, eine durchaus rückwärtsgewandte Genderpolitik. Die oft rein symbolische Debatte über sprachliche Gleichbehandlung und das sogenannte „Gendern“ verdeckt nur teilweise die Ausgrenzung und Ablehnung von LGBTQ+.

Erstaunlich ist, wie selbst kurze Kommentare (Mikl-Leitner zu „was ist normal“) oder vereinzelte Vorschläge (Nehammer zur „Leitkultur“) schnell von fast allen Medien aufgegriffen werden, die weitere Berichterstattung framen und die Schlagzeilen dominieren. **Ablenkungsmanöver** („diskursive Strategie der ‚toten Katze‘“) von schwierigen und komplexen Problemen scheinen dadurch reibungslos zu gelingen; manche Journalist:innen folgen solchen unausgegorenen Angeboten, und komplexe schwierige Themen wandern schnell in den Hintergrund.

Das Programm rechtspopulistischer Parteien fließt so schleichend in den politischen Mainstream ein. Die „Grenzen des Sagbaren“ werden verschoben, Normen und Regeln der politischen Kultur durch ständige Provokationen verletzt, medial verbreitet, von den Mainstream- Konservativen unterstützt und damit normalisiert. Die **Profiteure des Versuchs, Rechtspopulist:innen rechts zu überholen, sind – wie sich in den Fallstudien erweist – die rechtspopulistischen Parteien.** Die Debatten zur „politischen Mitte“, zum „Hausverstand“, zum „Bargeld“ oder zur „Normalität“ haben der FPÖ genützt, nicht der ÖVP, die in den Umfragen durch diesen Diskurs nicht dazu gewinnen konnte.

Mehrere Voraussetzungen sind für das Gelingen dieser signifikanten Veränderungen relevant: Dazu zählen unter anderem: krisenhafte sozio-ökonomische globale und lokale Entwicklungen; völkisch-nativistische Ideologien und Narrative, die von rechtspopulistischen Parteien propagiert werden; die strategische Mediatisierung von Politik; und nicht zuletzt die Unterstützung der rechtspopulistischen Parteien durch konservative Parteien, die einen drohenden Machtverlust abzuwenden versuchen.

Über die Expert*innen

[Prof. Dr. Thomas Biebricher](#) ist Heisenberg-Professor für Politische Theorie, Ideengeschichte und Theorien der Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Forschungsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle von politischer Theorie und Politischer Ökonomie. Zuletzt erschienen: *Die politische Theorie des Neoliberalismus* (2021) sowie *Mitte/Rechts: Die Krise des internationalen Konservatismus* (beide Suhrkamp).

[Ruth Wodak](#) ist Emerita Distinguished Professor of Discourse Studies, Lancaster Univ. und o. Univ. Prof. i.R. an der Univ. Wien. 1996 Wittgenstein-Preis für Exzellenzforschung. Ehrendoktorate von der Univ. Örebro 2010, von der Warwick Univ. 2020. Sie ist Mitglied der British Academy of Social Sciences und der Academia Europaea. 2020 Ehrensensatorin der Universität Wien. Mitherausgeberin der Zeitschriften *Discourse & Society* und *Critical Discourse Studies*. Weitere Informationen unter <http://www.ling.lancs.ac.uk/profiles/Ruth-Wodak>.

Kontakt für Rückfragen

Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 677 620 44 303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Danyal Maneka

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 3011273

E: maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>